

# Wirtschaftliche Transformation und gesellschaftlicher Wandel: Ostdeutschland in den 1990er Jahren

**Detlev Brunner** (Leipzig)

[detlev.brunner@uni-leipzig.de](mailto:detlev.brunner@uni-leipzig.de)

<https://orcid.org/0009-0008-2304-0538>

**Abstract.** Mit dem Ende der DDR und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Herbst 1990 war Deutschland vor enorme Herausforderungen gestellt. Im wirtschaftlichen und sozialen Bereich galt es die ostdeutsche Wirtschaft in ein soziales marktwirtschaftliches System zu transformieren. In der Arbeitswelt vollzog sich eine völlige Neuordnung: Statt der bisherigen zentral vorgegebenen Planwirtschaft in den Bereichen der Löhne und Arbeitsbedingungen mussten diese nun zwischen den Interessengruppen der Wirtschaft und der Gewerkschaften ausgehandelt werden. Mit der wirtschaftlichen Transformation war zudem ein umfassender Abbau von Arbeitsplätzen verbunden – ein Problem, mit dem die ostdeutschen Beschäftigten bislang nicht konfrontiert waren. Schließlich war es unabdingbar, die Lebensverhältnisse im Gebiet der ehemaligen DDR so rasch wie möglich zu verbessern, um die Abwanderung in die westlichen Bundesländer zu stoppen. Der folgende Beitrag beschäftigt sich ausgehend von der Lage in der DDR im Jahre 1989 mit dem Beginn der Transformation im Osten Deutschlands sowie mit deren Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft.

---

## Economic Transformation and Social Change: East Germany in the 1990s

The article is dedicated to the economic and social transformation in East Germany after 1990. Topics are the consequences of monetary union in Germany, the activities of the “Treuhandanstalt” (trust agency) and the problem of mass unemployment as a result of economic transformation. What alternative concepts did the trade unions develop in view of the prevailing neoliberal strategy of rapid privatization of the formerly “volkseigene” industry? What role did democratic co-determination play? What conclusion can be drawn? The privatization practiced from 1990/91 was not without alternatives. The massive job losses in the course of de-industrialization could have been avoided with a more careful and long-term renovation.

**Keywords:** Ökonomische und soziale Transformation, Treuhandanstalt, Arbeitslosigkeit, demokratische Partizipation, alternative Konzepte | Economic and social transformation, Treuhandanstalt (trust agency), Unemployment, democratic participation, alternative concepts

## Ausgangssituation

Als in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 die Berliner Mauer geöffnet wurde, war die Freude der Menschen insbesondere in Ost-Berlin groß, doch die Freude über das Ende des SED-Regimes und der Teilung Deutschlands war überschattet von massiven wirtschaftlichen Problemen der DDR. Am 30. Oktober 1989 hatte eine Gruppe von Wirtschafts- und Finanzexperten der DDR um Gerhard Schürer, den Chef der Staatlichen Planungskommission beim Ministerrat der DDR, dem Politbüro der SED eine schonungslose Analyse zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage der DDR vorgelegt. Einer der Kernsätze lautete, dass seit 1971 in der DDR „mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde“; eine Folge war die Verschuldung im „nicht sozialistischen Wirtschaftsgebiet“, „die sich von 2 Milliarden VM [Valutamark]<sup>1</sup> 1970 auf 49 Milliarden VM 1989 erhöht hat“.<sup>2</sup> Zur Verschuldung im westlichen Ausland kamen die nachlassende Konkurrenzfähigkeit von DDR-Produkten und, damit verbunden, negative Effekte für die Erwirtschaftung westlicher Devisen. Die Lage war dramatisch. Täglich verließen 2.000 Bürgerinnen und Bürger der DDR das Land, die Versorgungslage verschlechterte sich, der Druck auf die Regierung seitens der Bevölkerung stieg. Die Industrieproduktion sank seit dem letzten Quartal 1989 von Monat zu Monat.<sup>3</sup>

## Der Beginn der Transformation

Das war die Ausgangslage 1989. Im Laufe des Januar 1990 entstand angesichts dieser Entwicklung und des steten Ersuchens der DDR-Regierung um finanzielle

- 1 Die Valutamark (VM) war eine Verrechnungseinheit im internationalen Zahlungsverkehr, die verwendet wurde, weil die Mark der DDR als reine Binnenwährung nicht konvertierbar war; die Valutamark entsprach der D-Mark.
- 2 G. Schürer / G. Beil / A. Schalck / E. Höfner / A. Donda (1989): Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989, S. 4. In: BArch, DY 30, J IV 2/2A/3252 (online unter [www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/w5.grenze.1989\\_10\\_30\\_PB\\_Vorlage\\_Schuerers\\_Krisen\\_Analyse\\_BArch\\_DY%2030\\_J\\_IV\\_2\\_2A\\_3252.pdf](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/w5.grenze.1989_10_30_PB_Vorlage_Schuerers_Krisen_Analyse_BArch_DY%2030_J_IV_2_2A_3252.pdf) (Abruf am 1.7.2025)).
- 3 Rückgang jeweils im Vergleich zum Vormonat: Januar 1990: -5,0%, Februar 1990: -4,4%, März 1990: -4,1%; April 1990: -3,9%, Mai 1990: -9,0%, vgl. *Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 11/8472, S. 58. Online unter: <https://dip.bundestag.de/drucksache/jahresgutachten-1990-91-des-sachverst%C3%A4ndigenrates-zur-begutachtung-der-gesamtwirtschaftlichen-entwicklung/122624> (20.08.2025).

Unterstützung in der Bundesrepublik der Eindruck, die DDR stehe nicht nur vor einem wirtschaftlichen Kollaps, es stand sogar zu befürchten, die DDR werde einen demokratischen Übergang in Form freier Wahlen nicht mehr erleben. Die Stimmung in Ostdeutschland war brisant, unverzügliches Handeln schien erforderlich.

In dieser Situation wurden Entscheidungen getroffen, die zeitgenössisch von Wirtschafts- und Finanzexperten kritisch gesehen wurden. Eine Kernfrage war die Währung. In westlichen Expertenkreisen, so etwa im wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums eine Woche nach dem Mauerfall vom 9. November 1989, war frühzeitig die Überzeugung vorhanden, dass eine wirtschaftliche Modernisierung der DDR nur mit der Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung und der D-Mark als gesamtdeutscher Währung möglich sein werde. Selbst der DDR-Ministerpräsident Hans Modrow (PDS) hatte die Einführung der D-Mark als Zahlungsmittel in der DDR Anfang Februar 1990 bei der Weltwirtschaftskonferenz in Davos gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) ins Gespräch gebracht.<sup>4</sup>

Angesichts der massiven wirtschaftlichen und politischen Krise der DDR schien die Einführung der stabilen Währung der Bundesrepublik ein von vielen gefordertes Mittel zur Stabilisierung der Situation. Der Umtauschkurs von Mark der DDR zur DM im Verhältnis von 1 zu 1 war dabei politisch bestimmt – Ökonomen warnten davor. Und ihre Warnungen bestätigten sich nach dem 1. Juli 1990, dem Tag der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Der „Sachverständigenrat“, ein Gremium von Ökonomen zur Beratung der Bundesregierung, prognostizierte im Februar 1990 in einem Brief an den Bundeskanzler, die Unternehmen der DDR würden „schlagartig einer internationalen Konkurrenz ausgeliefert, der sie gegenwärtig nicht gewachsen sind.“<sup>5</sup> Tatsächlich verschlechterte sich die Situation der DDR-Wirtschaft mit der Währungsunion ab dem 1. Juli 1990: „Die übergangslose Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen“, so der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1990/91, habe „die Wettbewerbsschwäche des alten Systems offengelegt. Schon in den we-

4 André Steiner (2009): Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990, S. 444.

5 „Brief des Sachverständigenrates vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler. Zur Frage einer Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR“, in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Drucksache 11/8472: Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; S. 306-308. Online unter: <https://dip.bundestag.de/drucksache/jahresgutachten-1990-91-des-sachverst%C3%A4ndigenrates-zur-begutachtung-der-gesamtwirtschaftlichen-entwicklung/122624> (20.08.2025)

nigen Monaten seit Einführung der D-Mark haben die Betriebe der ehemaligen DDR ihre Produktion drastisch einschränken müssen. Allein seit Juni hat sich die Industrieproduktion um rund ein Drittel vermindert.“<sup>6</sup>

## Erwartungen und Enttäuschungen

Mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft und der „harten“ bundesdeutschen D-Mark als gesamtdeutscher Währung verbanden viele Menschen in der DDR große Hoffnungen. Nicht wenige glaubten an ein „Wirtschaftswunder“ und westdeutsche Politiker, allen voran Bundeskanzler Helmut Kohl, nährten solche Hoffnungen. In seiner Rede zur Einführung der Währungsunion am 1. Juli 1990 kündigte Kohl eine verheißungsvolle Zukunft an:

Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.

Zugleich beteuerte Kohl, dass es „niemandem schlechter gehen [werde] als zuvor – dafür vielen besser“.<sup>7</sup>

Umso größer war die Enttäuschung in der ostdeutschen Bevölkerung, als sich die Hoffnungen nicht zu verwirklichen schienen. 1991, das Jahr eins der Einheit, legte die massiven wirtschaftlichen und sozialen Probleme offen, die mit dem umfassenden Umbau in Wirtschaft und Gesellschaft verbunden waren. Wirtschaftsinstitute stellten im ersten Quartal 1992 fest, dass die Talsohle der ostdeutschen Wirtschaft nach wie vor nicht überwunden sei. Die Industrieproduktion war in allen Segmenten rückläufig und stabilisierte sich auf nur niedrigem Niveau. Auch der Arbeitsmarkt brach in weiten Teilen ein. Dem Rückgang der industriellen Produktion folgte ein Beschäftigungsabbau. Im Februar 1992 waren in der ostdeutschen Industrie noch 1,1 Millionen Menschen beschäftigt, das waren bereits eine Million weniger als im Jahr zuvor. Seit Herbst 1989 waren fast vier Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen.<sup>8</sup>

6 Sachverständigenrat, *Jahresgutachten 1990/91*, S. 57.

7 Fernsehansprache von Bundeskanzler Kohl anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, <https://www.bundeskanzler-helmut-kohl.de/seite/1-juli-1990/> (zuletzt 16.11.2022).

8 Ausführlicher dazu D. Brunner/G. Heydemann (2021): *Die Einheit und die Folgen. Eine Geschichte Deutschlands seit 1990*, S. 87-93.

In einem Sondergutachten zur Lage in Ostdeutschland vom 13. April 1991 schätzte der Sachverständigenrat die Lage wie folgt ein:

Die mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion entstandene Euphorie ist verfliegen; ihre Stelle haben Unsicherheit und Furcht sowie Bitternis besetzt. Mehr und mehr Menschen in den neuen Bundesländern beurteilen die wirtschaftlichen Aussichten als schlecht.<sup>9</sup>

## Die Transformationsagentur „Treuhandanstalt“

Die Transformation des planwirtschaftlichen Systems der DDR in eine Marktwirtschaft nach dem Modell der Bundesrepublik war eine gigantische Aufgabe ohne historisches Beispiel. Insgesamt 8.500 „Volkseigene Betriebe“ (VEB) und Kombinate waren in marktconforme Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Diese Gesellschaften verfügten über 45.000 Betriebe mit vier Millionen Beschäftigten, das Ziel war, die einstmaligen Staatsbetriebe zu privatisieren.

Diese Aufgabe wurde per Gesetz der Volkskammer der DDR vom 17. Juni 1990 der „Treuhandanstalt“ (THA) übertragen.<sup>10</sup> Eine erste „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ war noch unter der Modrow-Regierung am 1. März 1990 errichtet worden zur „Wahrung des Volkseigentums“, wie es im Beschluss des DDR-Ministerrates hieß.<sup>11</sup> Das Gesetz vom Juni 1990 wandelte jedoch die Aufgabe der Treuhand um und versah sie mit einer neuen Funktion. Aufgabe der Treuhandanstalt war nun „die Privatisierung und Verwendung volkseigenen Vermögens nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft“ (§ 2 Treuhandgesetz). Das Motto hatte der ab September 1990 amtierende Präsident

9 „Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer. Sondergutachten vom 13. April 1991“, in: *Jahresgutachten 1991/92 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, Drucksache 12/1618, 18.11.91), S. 252. Online unter: <https://dip.bundestag.de/drucksache/jahresgutachten-1991-92-des-sachverst%C3%A4ndigenrates-zur-begutachtung-der-gesamtwirtschaftlichen-entwicklung/123018?term=20%2F688&start=1875&rows=25&pos=1878&ctx=d> [20.08.2025]

10 Zur Geschichte der Treuhandanstalt siehe neuerdings A Malycha (2022): *Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben. Die Treuhandanstalt zwischen wirtschaftlichen Erwartungen und politischen Zwängen 1989-1994*.

11 „Beschluss zur Gründung der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt) vom 1. März 1990“, in: BArch DC 20-I/3/2922, vgl. auch <http://www.deutsche-einheit-1990.de/ministerien/ministerium-fuer-wirtschaft/treuhandgesetz-und-treuhandanstalt> [zuletzt 17.11.2022].

der Treuhandanstalt, Detlev Carsten Rohwedder, am 27. März 1991 ausgegeben: „Schnelle Privatisierung – entschlossene Sanierung – behutsame Stilllegung“.<sup>12</sup>

Die Notwendigkeit der Umwandlung des planwirtschaftlichen Systems war kaum umstritten, doch über den Zeithorizont und über die zu ergreifenden Maßnahmen des Strukturwandels gab es unterschiedliche Ansichten. Für eine behutsamere und längere Phase der Transformation warben vor allem die Gewerkschaften.<sup>13</sup> Anders als die optimistische Perspektive, die Kanzler Kohl im Sommer 1990 gezeichnet hatte, der Umwandlungsprozess werde in zwei, drei Jahren abgeschlossen sein, gingen diese Konzepte von einem Zeitraum von fünf Jahren aus. Vor allem wurde der Sanierung der Betriebe Priorität eingeräumt. Die Betriebe sollten so wettbewerbsfähig gemacht werden und für eine Übergangszeit staatliche Subventionen erhalten. Das Credo lautete: Sanierung statt schneller Privatisierung unter Beachtung der Sicherung von Arbeitsplätzen so weit wie möglich. Dabei ging es nicht um den Erhalt von Produktionskapazitäten um jeden Preis. Werde in fünf Jahren kein Erfolg erzielt, dann seien die Betriebe stillzulegen.<sup>14</sup>

Die Treuhandanstalt war mit ihrer Aufgabe und mit ihrer Machtfülle eine in der Geschichte Deutschlands einzigartige Institution; in ihrer Hochzeit waren über 4.900 Mitarbeiter in der Treuhandanstalt beschäftigt. Die führenden Positionen und leitenden Stellen waren überwiegend mit westlichen Managern und Fachleuten besetzt – eine nachvollziehbare Tatsache, denn gefragt waren Personen mit marktwirtschaftlichem Knowhow. Dies bedeutete jedoch, dass Ostdeutsche auf die Entscheidungen der Anstalt wenig Einfluss hatten. Zusammen mit der häufig beklagten, zu geringen demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung entstand so in der Öffentlichkeit ein Bild, nach dem die Treuhandanstalt nach „westlichen“ Interessen über die ostdeutsche Wirtschaft bestimmte, ein Bild, das das Wirken der Treuhandanstalt insgesamt nur unzureichend beschreibt. Dennoch: Die Kritik an zu geringer Beteiligung und Information der betroffenen Belegschaften und ihrer Interessenvertretungen war häufig zu hören und bestätigte den Eindruck bei vielen, zu wenig an den Entscheidungen für die Zukunft beteiligt zu sein. Die SPD-Mitglieder im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Tätigkeit der Treuhandanstalt stellten in ihrem Abschlussbericht fest:

12 Zitiert nach B. Breuel (1993): *Treuhand intern. Tagebuch*, S. 41f.

13 Zur Rolle der Gewerkschaften siehe aktuell Christian Rau: *Die verhandelte „Wende“: Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der Berliner Republik*, Berlin 2022.

14 So die Vorschläge der gewerkschaftsnahen Ökonomen J. Prieue/R. Hickel (1991): *Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung*, S. 260; vgl. auch [IG Metall] Abteilung Wirtschaft – Horst Neumann – 1. März 1991. Betr.: „Einrichtung einer Treuhand-Industrieholding“, in: *Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)*, DGB-Archiv, 5/DGAN001101.

In vielen Fällen wurde darauf hingewiesen, daß Aufsichtsräte, Belegschaften und Betriebsräte über vorgesehene Privatisierungsverfahren nicht informiert oder erst unmittelbar vor einer Vertragsunterzeichnung im Zuge der gesetzlich garantierten Mitbestimmungs- und Anhörrechte eingebunden wurden.<sup>15</sup>

Die Bilanz der Treuhandanstalt, die Ende des Jahres 1994 ihre Tätigkeit einstellte, ist demnach zwiespältig. Zum einen hat sie den Auftrag der Privatisierung durchaus in großem Umfang erfüllt. Insgesamt hatte die Treuhandanstalt bis zu diesem Zeitpunkt 53 Prozent der in ihrem Portfolio befindlichen Unternehmen privatisiert – das waren mehr als 6.500 von über 12.000. Weitere knapp 13 Prozent waren reprivatisiert, also an die ursprünglichen privaten Eigentümer zurückgegeben worden, zwei Prozent wurden kommunalisiert. Über 3.700 Unternehmen, ein knappes Drittel, wurden liquidiert. Der Privatisierungsauftrag war somit erfüllt, wobei bei diesen Zahlen nicht berücksichtigt ist, was aus den Betrieben nach der Privatisierung geworden ist, ob sie weiter existierten, in welcher Form, oder ob sie gescheitert sind. Statistisch gesehen war die Quote der Stilllegungen angesichts der ökonomischen Probleme der DDR und der ostdeutschen Wirtschaft ab 1990 allerdings nicht verwunderlich.<sup>16</sup>

Zum anderen hinterließ die Tätigkeit der Treuhandanstalt nachhaltige negative Folgen. Dazu zählt das Defizit, das die Treuhandanstalt erwirtschaftete. Die Privatisierung der ehemaligen Volkseigenen Betriebe (VEB) und Kombinate brachte erheblich weniger ein, als man angenommen hatte: nur 60 Milliarden DM. Das war ein Zehntel dessen, was Rohwedder im Oktober 1990 geschätzt hatte. Er war von 600 Milliarden DM ausgegangen, die in den Aufbau Ost fließen sollten.<sup>17</sup> Wie konnte es zu diesen Fehleinschätzungen kommen? Zum einen wurde das Anlagevermögen der Industrie der DDR viel zu optimistisch eingeschätzt. Zum anderen spielte der hohe Zeitdruck bei der Privatisierung eine Rolle, worauf Aussagen von Mitarbeitern der Treuhandanstalt in einem Interviewprojekt in den Jahren 1992/1993 hindeuten: „Unsere Leitlinie war, so schnell wie möglich privatisieren, selbst auf die Gefahr hin, nicht den optimalen Erlös erzielt zu haben.“<sup>18</sup>

15 Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, Drucksache 12/8404; 31.08.94. Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ nach Artikel 44 des Grundgesetzes, S. 516. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/12/084/1208404.pdf> [20.08.2025].

16 Zu den Zahlen siehe Brunner/Heydemann, *Die Einheit und die Folgen*, S. 112; dort weitere Quellennachweise.

17 K.-H. Paqué (2009): *Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit*, S. 49.

18 Chr. Weber (1996): *Treuhandanstalt – Eine Organisation entsteht im Zeitraffer*, S. 144.

Die zweite nachhaltige Folge war Arbeitslosigkeit, ein Phänomen, das in der DDR unbekannt war, das nun jedoch in großem Ausmaß den Alltag vieler Menschen bestimmte. Entweder hatten sie ihren Arbeitsplatz verloren, oder sie fürchteten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das Problem Arbeitslosigkeit war nicht auf den Osten Deutschlands beschränkt. Doch die Entwicklung dort verlief rasant, schon 1992 wurde eine Arbeitslosenquote von 14,4 Prozent registriert, dies war doppelt so hoch wie die in den alten Bundesländern gemessene Quote. Und die hohe Arbeitslosigkeit sollte in den folgenden Jahren anhalten.<sup>19</sup>

Dass es zu Arbeitsplatzverlusten kommen würde, war vielen Beteiligten, auch den Gewerkschaften, bewusst. Allein der im Vergleich zu westlichen Industrieländern hohe „Industriebesatz“ machte den Abbau von Arbeitsplätzen zu einer Voraussetzung erfolgreicher Modernisierung. Mit diesem Begriff wird der Anteil der in der Industrie Beschäftigten je 1.000 Einwohner bezeichnet. Im IV. Quartal 1990 lag dieser Wert in der DDR bzw. den neuen Bundesländern bei 157,6 und damit erheblich höher als in den alten Bundesländern, wo er mit 115 seit den 1980er Jahren konstant geblieben war.<sup>20</sup> Auch in den Fällen, in denen Industriestandorte und Betriebe erfolgreich umstrukturiert und für die Zukunft gesichert werden konnten, waren Verluste der Arbeitsplätze eine Konsequenz.

Ein Beispiel ist das ehemalige Kombinat Carl-Zeiss-Jena, das im Sommer 1991 noch 30.000 Beschäftigte umfasste und nach der Umstrukturierung Ende 1998 noch 7.000 Mitarbeiter im Gesamtunternehmen zählte, davon 1.800 im Osten Deutschlands.<sup>21</sup> Ein weiteres Beispiel: Die Edelstahlwerke in Freital, nahe Dresden. Auch dieses Unternehmen konnte durch das erfolgreiche Zusammenwirken von Unternehmen, Politik und Gewerkschaft gerettet werden, allerdings mit erheblich reduziertem Personal. Zu Zeiten der DDR arbeiteten ca. 5.000 Mitarbeiter im Werk, 1992 waren es noch 2.600 und nach der Sanierung schließlich noch 700.<sup>22</sup>

19 D. Brunner (2022): *Einheit und Transformation. Deutschland in den 1990er Jahren*, S. 72-78.

20 D. Nolte: *Zwischen Privatisierung und Sanierung: Die Arbeit der Treuhandanstalt – Bilanz und Perspektiven aus gewerkschaftlicher Sicht*, S. 30.

21 „Mission Zukunft“, in: *Der Spiegel*, 24/1998, 07.06.1998. Online unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/mission-zukunft-a-edde8efd-0002-0001-0000-000007907224?context=issue> (20.08.2025). Zu Carl Zeiss Jena, der späteren „Jenoptik“: E. Bartha (2017): „Transforming Labour: From the Workers’ State to the Post-Socialist Re-Organization of Industry and Workplace Communities. Carl Zeiss Jena (East Germany) and Rába in Győr (Hungary)“; A. Steiner (2020): „Ost-West-Doppelunternehmen und die Treuhandanstalt. Der Fall Carl Zeiss Jena.“

22 „Betriebsräte aus Ost und West wollen Kehrtwende“, in: *Neue Zeit* vom 17.9.1992; vgl. Wolfgang Uellenberg-van Dawen: *Gewerkschaften und deutsche Einheit*, S. 63f.

## Gesellschaftlicher Wandel

Mit dem umfassenden ökonomischen Strukturwandel war ein grundlegender Wandel der Arbeitsgesellschaft verbunden. Der Betrieb verlor in der Phase der Transformation seine Bedeutung nicht nur als Ort der Produktion, sondern auch als sozialer und kultureller Raum. Lange gewachsene soziale Verbindungen im Betrieb lösten sich auf. Das Arbeitskollektiv zu DDR-Zeiten bot Geborgenheit, Austausch über persönliche Angelegenheiten, bedeutete aber auch soziale Kontrolle – mit der Transformation der Arbeitsverhältnisse fiel diese Dimension sozialen und kulturellen Lebens weg.<sup>23</sup> Ausgelagert oder geschlossen wurden soziale und kulturelle Einrichtungen, wie betriebseigene Kindergärten, Kultur- und Sporteinrichtungen und nicht zuletzt Orte der Erholung und des Urlaubs. Die Schließung der Betreuungseinrichtungen für Kinder hatte negative Konsequenzen für Familien und insbesondere für Frauen. Die hohe Frauenerwerbsquote in der DDR war mit einem seit den 1970er Jahren flächendeckend ausgebautem Betreuungssystem verknüpft, in das die Betriebskindergärten integriert waren (1989 1.477 Kindergärten mit 110.000 Plätzen).<sup>24</sup>

Frauen waren ab 1990/91 zudem überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen.<sup>25</sup> Eine Folge war, dass besonders junge Frauen in die westlichen Bundesländer zogen, um dort zu arbeiten. Diese Binnenwanderung und der deutliche Geburtenrückgang als eine Folge der Transformation wirkten sich nachhaltig auf die Bevölkerungsstruktur in den neuen Bundesländern aus. Überalterung und Verödung waren die Konsequenzen in ehemaligen Industrieregionen. In den vergangenen fünf bis zehn Jahren hat sich der negative Trend teilweise umgedreht, Städte wie Leipzig, Rostock und Potsdam zählen zu Boomregionen mit wachsender Bevölkerung.<sup>26</sup>

## Fazit und Ausblick

Zieht man ein Fazit der vergangenen Jahre seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, so lassen sich folgende Punkte festhalten:

23 Vgl. z.B. G. Scheller (2002): „Individualisierungsprozesse in den neuen Bundesländern. Zur Freisetzung aus den Arbeitskollektiven“, S. 23-29.

24 Kommunale Träger, 1989: 11.592 Kindergärten mit 760.600 Plätzen, <https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/mfbw/kiga/> [17.11.2022].

25 Brunner (2022): *Einheit*, S. 76f.

26 Zur demographischen Entwicklung siehe ebenda, S. 87-95.

- (1) Die erste Phase der Transformation in der ersten Hälfte der 1990er Jahre war gekennzeichnet durch einen rasanten, teils überstürzten Wandel – eine Phase, die von mancher Fehlentscheidung, von mangelnder Transparenz und Beteiligung und von der Verunsicherung vieler Menschen geprägt war. Gleichwohl wurden in diesem Zeitraum Grundlagen für die spätere Entwicklung gelegt, der Erhalt der sogenannten „industriellen Kerne“, wie der Chemieindustrie im mitteldeutschen Chemiedreieck, zählt dazu.
- (2) Die DDR und die neuen Bundesländer nehmen in der Transformationsgeschichte nach dem Ende des „realexistierenden Sozialismus“ eine Sonderstellung ein. Anders als die übrigen Länder des ehemals sowjetisch geführten Ostblocks standen sie vor der Perspektive mit einem der wirtschaftlich stärksten westlichen Länder, der Bundesrepublik Deutschland, zu fusionieren. Der Vergleich der eigenen Lebensverhältnisse maß sich demnach auch nicht am Lebensstandard in Polen, Tschechien oder Rumänien, sondern an dem der alten Bundesländer. Im Vergleich dazu besteht noch immer ein Gefälle von Wohlstand und Wirtschaftskraft zwischen den alten und neuen Bundesländern, allerdings hat sich dieses Gefälle in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt.
- (3) Unstrittig ist, dass sich Lebensstandard, Lebensqualität, Wirtschaftskraft und Infrastruktur in den ostdeutschen Regionen im Vergleich zu den Ausgangsbedingungen 1989/90 erheblich verbessert haben – so weit verbessert, dass sie sich in Europa nicht nur im Vergleich zu osteuropäischen Staaten, sondern auch zu Frankreich, Italien und Großbritannien behaupten können. Die ostdeutschen Länder zählen keineswegs zu den prekären Regionen in Europa.<sup>27</sup>
- (4) Trotz aller positiven Entwicklungen sind bei einem größeren Teil der ostdeutschen Bevölkerung Stimmungen vorhanden, die Gefühle der Benachteiligung zum Ausdruck bringen. Laut einer im Auftrag der Bundesregierung durchgeführten Umfrage fühlten sich 2019 57 Prozent der Ostdeutschen als „Bürger zweiter Klasse“.<sup>28</sup> Derartige Wahrnehmungen lassen sich offensichtlich auch auf die Phase der Transformation in den 1990er Jahren zurückführen. Über die Einschätzung, dass „die Ostdeutschen“ seinerzeit nicht gerecht behandelt worden seien, wird in jüngster Zeit in Deutschland erneut gestritten.<sup>29</sup>

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse war und ist ein grundlegendes Ziel deutscher Politik und im Übrigen auch ein Verfassungsauftrag.

27 Stand 2020, siehe R. Pohl: Die Entfaltung einer Marktwirtschaft – Update 2020, S. 62.

28 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019): *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019*, S. 14.

29 Brunner/Heydemann (2021), *Die Einheit und die Folgen*, S. 30.

Ob und wie dies gelingen kann und ob dies angesichts der regionalen Vielfalt in Deutschland überhaupt erstrebenswert ist, wird kontrovers diskutiert.

## Bibliographie

- Bartha, Eszter: (2017): Transforming Labour: From the Workers' State to the Post-Socialist Re-Organization of Industry and Workplace Communities. Carl Zeiss Jena (East Germany) and Rába in Győr (Hungary), in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 58 (2017) 2, S. 413-438.
- Breuel, Birgit (Hg., 1993): *Treuhand intern. Tagebuch*, Frankfurt a. M., Berlin: Ullstein.
- Brunner, Detlev / Heydemann, Günther (2021): *Die Einheit und die Folgen. Eine Geschichte Deutschlands seit 1990*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Brunner, Detlev (2022): *Einheit und Transformation. Deutschland in den 1990er Jahren*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hg., 2019): *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019*. (25. September 2019), Frankfurt/Main: Zarbock.
- Malycha, Andreas (2022): *Vom Hoffnungsträger zum Prügelknaben. Die Treuhandanstalt zwischen wirtschaftlichen Erwartungen und politischen Zwängen 1989-1994*, Berlin: Christoph Links Verlag.
- Nolte, Dirk. (1993): *Zwischen Privatisierung und Sanierung: Die Arbeit der Treuhandanstalt – Bilanz und Perspektiven aus gewerkschaftlicher Sicht* – Hg.: Geschäftsführung des WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB, WSI-Materialien Nr. 32). Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Paqué, Karl-Heinz (2009): *Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der deutschen Einheit*, München: Hanser.
- Pohl Rüdiger (2020): Die Entfaltung einer Marktwirtschaft – Update 2020, in: *Ostdeutschland – Eine Bilanz. Festschrift für Gerhard Heimpold*. Hg. v. Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH. Halle: Online-Druck GmbH, S. 59-64.
- Prieue, Jan / Hickel, Rudolf (1991): *Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Scheller, Gitta (2002): Individualisierungsprozesse in den neuen Bundesländern. Zur Freisetzung aus den Arbeitskollektiven, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 37-38/2002, S. 23-29.
- Steiner, André (2009): Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990. In: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München: dtv, S. 441-455.
- Steiner, André: Ost-West-Doppelunternehmen und die Treuhandanstalt. Der Fall Carl Zeiss Jena. In: Dierk Hoffmann (Hg.): *Transformation einer Volkswirtschaft. Neue Forschungen zur Geschichte der Treuhandanstalt*. Berlin 2020, S. 130-142.
- Uellenberg-van Dawen, Wolfgang: Gewerkschaften und deutsche Einheit. In: Detlev Brunner/ Michaela Kuhnhenne/Hartmut Simon (Hgg.): *Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation*. Bielefeld 2018, S. 45-67
- Weber, Christiana (1996): *Treuhandanstalt – Eine Organisation entsteht im Zeitraffer*, Wiesbaden: Gabler.